



für Schlesien

mit den wöchentlichen Beiträgen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

Bezugspreis: Die „Kommunist“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Hauptexpedition: Buchdruckerei 45, durch die Buchhandlungen der „Kommunist“ Neue Gravenstraße 5 und Neue Falbenstraße 11, durch die Zweigstelle, Algarrengäßchen Reichelt, Reichsstraße 140, sowie durch alle Buchläden zu beziehen. — Bezugspreis im Voraus zu entrichten wöchentlich 0,10 Goldmark, monatlich 1,70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postschach-Kontor Postschach-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: 16 Pf. ausserdem 17 Pf. Anzeigen unter Zeile zu 10 Pf. Seitenanzeige 10 Pf. Familienanzeigen, Freizeitangebote, Vereine, Versammlungen und Wohnung-Anzeigen 7 Pf. Kleinanzeigen pro Wort 3 Pf., das teile Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptexpedition Buchdruckerei ab oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Um den Oder-Ausbau.

Neue Verschleppung der großen Notstandsarbeiten in Ottmachau?

Bei der Landwasserbauverwaltung des Preußischen Landwirtschaftsministeriums liegen zurzeit für die Verbesserung des Hochwasserschutzes eine Reihe von Projekten vor, die sich auf 100 Millionen Mark beziehen und die bisher aus Mangel an Mitteln nicht in Angriff genommen werden konnten. Die Projekte für die westlichen Provinzen erfordern zur Finanzierung einen Betrag von 90 Millionen, die der östlichen Provinzen 60 Millionen Mark. Dabei kommen nicht nur im Westen, sondern auch in den östlichen Provinzen für die Projekte vielfach Gegenden in Frage, in denen, wie zum Beispiel in der Nähe von Stettin, Görlitz, Königsberg und Breslau, eine Wiedergabe der Arbeitslosigkeit dringend notwendig wäre. Die Finanzierung der Hochwasserschutzarbeiten war bisher immer so geregelt, daß die eine Hälfte der Kosten von den Interessenten und Nutznießern der Arbeiten und die andere Hälfte zu einem Viertel vom Staat und einem Viertel von der betreffenden Provinz getragen wurde. Daß der bisherige Finanzierungsmodus die Durchführung wenigstens eines Teiles dieser Hochwasserschutzprojekte verlangsamt, liegt auf der Hand.

* * *

Danach ist also der Ausbau des Ottmachauer Oder-Staudamms wieder einmal in Frage gestellt. Wir sind ausnahmsweise einmal ganz mit der „Schlesischen Zeitung“ darin einig, daß darin eine klandiale Vernachlässigung des deutschen Ostens liegen würde, der ohnehin nicht allzu viel Mittel für produktive Erwerbslosenfürsorge erhalten hat. Gerade der Ausbau des Mittellandkanals macht einen gleichzeitigen Ausbau auch der Oder, der beim Staubecken Ottmachau beginnen muß, bringend, wenn nicht die Produktionsbedingungen des deutschen Ostens dadurch verschlechtert werden sollen. Letzten Endes hätten darunter in erster Reihe die ostdeutschen Arbeiter zu leiden, während sich im übrigen ja für die Kapitalisten das Gesetz der Durchschnittsprofitrate auswirken würde, allerdings in der Form wachsender Betriebsabwanderung aus dem Osten.

Die Anleihe der Reichspost.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost hat sich am Donnerstag mit der Begebung der geplanten Anleihe in Höhe von 80 Millionen Mark einverstanden erkläre. Die Anleihe ist der Rest der als Gemeinemission geplanten 150 Millionen betragenden und mit 6% Prozent zu verzinsenden Anleihe (Schakanweisungen) der Deutschen Reichspost, die am 1. Oktober 1930 zurückgezahlt werden muß. Daraus sind bereits 70 Millionen Mark ausgegeben. Der Rest der Anleihe wird von einem Konsortium unter Führung der Reichspost übernommen und dient werbenden Zwecken. Die Unterbringung der Schakanweisung erfolgt im Wege der öffentlichen Zeichnung durch das Konsortium während der Zeit vom 2. bis 24. August.

Annahme ermäßigter Mehrlöste im Reichsrat.

Der Reichsrat beschäftigte sich gestern mit der Verordnung der Reichsregierung, die ab 1. August bis auf weiteres niedrigere Zollsätze für Mehl und sonstige Müllerei-Erzeugnisse festsetzt. Nach der Vorlage sollen die Zollsätze für Mehl aus Hefen und Getreide 14 Mark, für sonstige Müllerei-Erzeugnisse aus Getreide 14 Mark und sonst 10 Mark pro Doppelpentziental betragen. Die Vorlage wurde nach der Regierungsfassung mit der Aenderung angenommen, daß der Zeitpunkt des Auftretens der ermäßigten Zölle, nicht allein von der Reichsregierung, sondern nur im Benehmen mit den Industrien, die bei der Einführung mitgewirkt haben, bestimmt werden darf.

Die verschobene Biersteuer-Erhöhung.

Der Kommissar für verschwundene Einnahmen hat sich mit der Verschiebung der Biersteuererhöhung bis zum 1. Januar 1927 einverstanden erklärt, allerdings unter der Voraussetzung, daß durch die aus dem Londoner Schlupfprotokoll für das dritte Reparationsjahr sich ergebenden Haushaltsschätzungen nicht geschränkt werden.

Die Kompromittierung des bayerischen Justizministers.

Wien, 22. Juli. (Eigener Druckbericht). Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Bayerischen Landtag folgende Anfrage eingebracht: „Der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Levi, Berichterstatter des Gemeinkassen des Reichstages, erhebt in der Öffentlichkeit gegen bayerische Polizei- und Justizbeamte, besonders gegen den bayerischen Justiz-

minister Dr. Gürkner, schwere Anklagen, die durch die inzwischen erfolgte Erklärung der bayerischen Justizverwaltung keineswegs als entkräftet erscheinen. Da diese Anklagen nicht nur in Bayern, sondern im ganzen Reich großes Aufsehen erregt haben, fragen wir die bayerische Staatsregierung, was sie zu tun gedenkt, um auf rechtlichen Wege eine vollständige Aufklärung des tatsächlichen Sachverhalts herbeizuführen. Um beispielsgemäß eine Antwort wird gebeten.“

Ein altes Rezept

verschreibt der Zentrumsabgeordnete Andre in der „Oberschlesischen Volksstimme“ allen Deutschen kostenlos.

„Unser Volk muß selbst mehr auf sich vertrauen, und dann wird es manche Schwierigkeiten leichter überwinden. Seien wir lebensfrisch und heiter und werden wir uns darüber klar, daß von dem östlichen West nicht alles Glück abhängt.“

Herr Andre ist alter Gewerkschaftsführer der Christlichen. Seine Worte gelten über den Arbeitsewählern des Zentrums, es scheinen daher auch in einer Zeitung des Industriegebietes. Die Arbeiter im Zentrum haben auch eine Verhügung nach den letzten Zoll erhöhungen und der Ablehnung der Verbesserungsanträge zum Fürstentumskompromiß besonders nötig. „Arbeit, Fleiß und Sparsamkeit“ empfiehlt er ihnen weiter.

Nun wissen wir es also. Seid genügsam und zufrieden ihr arbeitslosen, halbverhungerten Proletarier; seid genügsam, wie ja auch die armen Großkapitalisten, Industriearistokratie und Großagrarien genügsam sein müssen. Das ist der Wegweiser des Zentrumsabgeordneten zu eurem Glück — wenn auch nicht zum östlichen.

Bernstorff wird nicht Botschafter in London.

London, 29. Juli. (Eigener Druckbericht.) Der diplomatische Korrespondent des „Daily Herald“ berichtet, daß die deutsche Regierung bei der britischen Regierung wegen einer eventuellen Entsendung des ehemaligen deutschen Botschafters in Washington, des Grafen Bernstorff, als Nachfolger des deutschen Botschafters Thaumet nach London vorgekehrt habe. Es habe sich, wie üblich, um einen ersten völlig unoffiziellen Schritt gehandelt, um festzustellen, ob Graf Bernstorff persona grata sei. Das englische Auswärtige Amt habe jedoch zu verstecken gegeben, daß es eine Persönlichkeit vorziehen würde, die nicht mit der deutschen Diplomatie der Kriegs- und Vorkriegszeit verbunden sei. Der diplomatische Korrespondent fügt hinzu, daß der Zwischenfall bei der jüngsten Tagung der Völkerbundsliga mit der Haltung der englischen Regierung in einem gewissen Zusammenhang stünde.

Der französische Franc

Ist gestern wieder etwas gesunken. Für eine Mark belief man bei kleinen Schwankungen wieder etwa 9,9 bis 10,1 Franken.

Die Aussichten der Poincaré'schen Währungspolitik werden jetzt vor allem auch in der Börsenpresse recht kritisch beurteilt. Man weist darauf hin, daß an amerikanische Anleihen für Frankreich infolge der Ablehnung des Cailleur'schen Schuldenabkommens durch Poincaré überhaupt nicht mehr zu denken ist. Ferner wird jetzt auch allgemein zugegeben, daß Poincarés Massenbelastungen keinen radikalen Aussgleich des Staatshaushalts erbringen werden und schließlich entstehen infolge Ablehnung gewisser naheliegender finanziertechnischer Stabilisierungsbefehle überhaupt Zweifel, ob eine Festigung des jetzigen Frankenkurzes von dieser Regierung auch nur ernstlich gewollt wird oder ob sie nicht einen „langsam“ Fortschritt der Inflation zweds Sicherung gewisser Inflationsgewinne privater Interessenten geradezu wünscht.

Das Altheilmittel des „großen Bürgerblöds“ hat also seinen Nimbus bereits in bürgerlichen Wirtschaftskreisen verloren, was manchem Prediger einer ähnlichen Politik in anderen Ländern nicht gerade angenehm sein dürfte.

Frankreich schickt erfahrene Parlamentarier auf Auslandsposten.

Paris, 28. Juli. (Eigener Druckbericht). Eine ganze Reihe wichtiger Auslandsposten sollen in aller Kürze, wie bekannt wird, neu besetzt werden. An Stelle des bisherigen französischen Oberkommissars in Syrien, de Jouenel, der nicht mehr nach Beirat aufzugehen wünscht, soll der General Weingarten treten, der bereits vor dem General Sarraut diesen Posten inne hatte. Auch der bisherige Oberkommissar der Rheinlande, der sich bereits seit einiger Zeit in Paris aufhielt, wird nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Er soll durch einen bekannten Parlamentarier ersetzt werden, der Name des Mannes wird genannt. Endlich muß der Posten eines französischen Delegierten bei der Reparationskommission, mit dem die Präsidentschaft der Kommission verblieben ist, und der durch Barthou's Eintritt ins Ministerium freibleibende neu besetzt werden. Poincaré hat dafür den radikalen Sogeordneten Franklin Bonilla in Aussicht genommen.

Der Kleinkalibersport als Selbstzweck und Vorwand.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Das Reichsbanner hat sich am vergangenen Sonntag in einer Reichskonferenz mit der Frage des Kleinkaliberschießens und einer eventuellen Beteiligung an diesem Sport beschäftigt. Das Ergebnis ist bekannt: eine allgemeine Bewaffnung der Mitglieder mit Kleinkalibergewehren wurde als sinnvollstmäßig abgelehnt, während der Kleinkalibersport gebilligt wurde.

Diese Meinungsausprägung der maßgebenden Instanzen des Reichsbanners ist rechtfertigt begründet und, so lange die bisher geltenden Reichsbestimmungen über Waffen und Waffenbesitz aufrecht erhalten werden, aus politischen Gründen unbedingt angebracht. Vorläufig besteht für die Landesregierungen leider keine rechtliche Handhabe, das Kleinkaliber-Schießen generell zu verbieten, und die Behauptung, daß zum Beispiel der preußische Innenminister Severing die Benutzung der Kleinkalibergewehren für alle nicht im Kleinkalibersport der Vorkriegszeit ausgebildeten Verbänden verboten hat, ist eine freie Erfindung. Verboten sind durch Reichsgesetz vom März 1921 zunächst überall nur Vereinigungen, die gegen die §§ 177 und 178 des Friedensvertrages von Versailles verstößen. In diesen Bestimmungen heißt es, daß Kriegervereine, Schuhengilden, Sport- und Wandervereine, überhaupt Vereinigungen jeder Art, ohne Rücksicht auf das Alter, die sich mit militärischen Dingen befassen, zu verbieten sind. Es ist ihnen namentlich untersagt, so heißt es förmlich, ihre Mitglieder im Waffenhandwerk oder im Gebrauch von Waffenwaffen auszubilden oder zu üben oder auszubilden und über zu lassen usw.

Die Kleinkalibergewehre fallen zunächst nicht unter diese Bestimmungen des Friedensvertrages und auch nicht unter das Reichsgesetz vom März 1921. Sie sind nicht Waffen im Sinne von Kriegswaffen, da sie für einen Krieg keine Verwendung finden können. Aber die Bestimmungen des Reichsgesetzes — und das ist das Wesentliche — sind nicht nur auf die Ausbildung und den Gebrauch von Kriegswaffen anzuwenden, sondern auch auf das Waffenhandwerk, und es ist hier streng zu scheiden zwischen dem reinen sportsmäßigigen Betrieb des Kleinkaliberschießens und der Verwendung von Kleinkalibergewehren bei militärischen Gedächtnis- oder anderen Übungen. Das erste ist statthaft — das letztere ist verboten! Von diesem Gesichtspunkt aus hat sich der preußische Innenminister in der Tat wiederholt an die ihm nachgeordneten Behörden gewandt und darauf hingewiesen, daß nur Kleinkalibersport, der als Selbstzweck betrieben wird, unbedenklich und als Zweig sportlicher Betätigung geduldet ist. Dieser Kleinkalibersport allein, der sich streng im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften hält, und nichts anderes kommt natürlich auch nur für die Kameraden des Reichsbanners in Frage.

Die Rechtsverbände haben sich an die bestehenden Vorschriften keineswegs streng gehalten. Sie betreiben fast überall den Kleinkalibersport nur als Vorwand zur rein militärischen Ausbildung ihrer Mitglieder. Wo der positive Beweis hierfür erbracht ist, müssen diese Verbände ohne weiteres aufgelöst werden, und ein Minister, der trotz Kenntnis der Sachlage einen derartigen Schritt nicht tut, verstößt gegen die klaren Bestimmungen des Reichsgesetzes vom März 1921. Auch solche Vereinigungen sind aufzulösen und zu verbieten, die, ohne ihre Mitglieder im Waffenhandwerk auszubilden, Felddienst- und Kampfsübungen nach militärischer Art veranstalten, mit dem Zweck militärischer Ausbildung. Bei solchen Verbänden ist ohne weiteres der Verdacht berechtigt, daß sie darauf abzielen, eine Truppe zu schaffen, die bei etwaigen innerpolitischen Verwicklungen in der Lage ist, nach militärischen Gesichtspunkten kämpfend aufzutreten, sobald sie in den Besitz von Waffen gelangt ist. In den meisten Fällen, wo diese Voraussetzungen gegeben sind, bestehen die Rechtsverbände natürlich in einem Geheimwinkel auch Waffen mindestens kleineren Kalibers.

Die Umgehung dieser rechtsgerichtlichen Bestimmungen durch die rechtsradikalen Verbände ist insbesondere in Württemberg und Bayern an der Tagesordnung. Immer und immer wieder erscheinen von dort aus Vorfälle, die Lücke der Offenheitlichkeit, die für den Reichsinnenminister längst hätten eingeschlagen müssen, die zuständigen Regierungen auf ihre Pflichten aufmerksam zu machen, und wenn das nichts nützt, von sich aus die unangreifenden Vereine aufzulösen. Die Reichsgesetze bestehen, damit sie durchgeführt werden, und wo eine Landesregierung sich trotz aller Beweise weigert, den rechtsgerichtlichen Bestimmungen durch Verbote zu entsprechen, hat der Reichsinnenminister die Pflicht, vorsichtig auszugehen. Noch kann er ein Chaos verhindern, auf das die Rechtsverbände offensichtlich hinarbeiten, ohne daß wir die Neigung besitzen, uns eines Tages ohne Abwehr überrumpeln zu lassen. Die Geduld muss endlich ein Ende haben, so lange das Reich darauf verzichtet, für alle Zeiten den Sack seiner Bürger so zu übernehmen, daß sie eines Tages nicht wie das Vieh von losgelassenen Viehherden abgeführt werden.

Stellvertretend Müller, die Frau des verstorbenen Begründers der NSDAP, ist im Alter von 82 Jahren gestorben. Sie ist durch ein mächtiges Verhalten gegen die Familie der Mörder ihres Sohnes bekannt geworden.

Der nationale Korruptions-Prozeß in der Verhandlung.

Dresden, 29. Juli. (Drahtbericht). Von den am Mittwoch im Volksgericht-Prozeß vernommenen Zeugen sprach zunächst Frau Meissner über starke Phantasie und große Einbildungskraft ihres Mannes. Er habe Sachen erzählt, die nicht der Wahrheit entsprachen. So soll sich Meissner auch einmal eingekleidet haben, er hätte gelegentlich kommunistischer Unruhen zwei Personen niedergeschlagen. Ferner hatte er sich den Posten als Außenminister eingeschöpft. Er hätte als Minister, wie er sagte, viel für Deutschland durchsetzen wollen und deshalb auf einen solchen Posten gerechnet. Die Zeugin bleibt als Chefin des Angeklagten unverküldigt.

Nach ihrer Vernehmung gab es ein neues Ereignis. Der Vorlesende teilte den Inhalt eines jüchen eingegangenen Telegramms mit, das vom Reichswehrministerium Berlin stammte. Das Telegramm enthielt die äußerst merkwürdige Nachricht, daß Major Uhl, der definitiv über die Verwendung des von der Reichswehr beim Volkspolizei aufgenommenen Darlehns von 10 000 Mark aussagen sollte, in Berlin unabkömmlich sei! Major Uhl habe in einer Abteilung einen anderen Herrn zu vertreten, der verunglückt wäre!

Loeffler erklärte, er habe die 10 000 Mark persönlich an General Müller ausgehändigt, und dieser habe ihm, Loeffler, den Verwendungszweck genannt. Er werde aber den angegebenen Zweck nicht nennen; doch stelle er noch fest, daß das Darlehen zinslos geblieben sei, und zwar auf neun Monate. Büchertypist Ringel sagt, daß das Darlehen nach den vorgefügten Buchungen nach vier Monaten (Mai-September) zurückgezahlt wurde. Loeffler erklärte ferner, er würde unter Ausdruck der Dissenlichkeit über die Verwendung der Gelder aussagen, da er Besognis für die Bezahlung von Staatsinteressen im Fall der Nennung habe.

Hauptmann Siemens sprach von den Plänen Meissners, mit denen er an den Neubau Deutschlands und der „Vaterländischen Verbündete“ herangehen wollte. Als psychiatricher Sachverständiger für Meissner fungierte Medizinalrat Generalarzt a. D. Dr. Bennecke. Er gab einleitend eine Art Familiengeschichte, sprach von degenerativen Einflüssen in der Familie, von Aithma, das bei Meissner in schwerer Form auftreten und von einer Schlägerei des Angeklagten. Er sei ein außerordentlich phantastischer Mensch gewesen, und die überschwiegende Phantasie habe ihn dann wohl zu Wahnbildungen geführt. Hinzugekommen sei auch noch ein zeitweise ungewöhnlich stark Alkoholgenuss. Das Gutachten des Arztes zeigte, daß Meissner tatsächlich als schwer psychotische Natur, als gemildert unrechtfähig, aber nicht unverantwortlich gegenüber dem Staatsgesetz. Meissner selbst erklärte, er wolle keinen Anspruch auf eine Jubilierung des § 51 erheben, nur solle seine damalige Geistesverfassung und sein damaliger Gesamtzustand in Rücksicht gezogen werden.

Das Gericht verkündete schließlich, daß Major Uhl telefonisch für Sonnabend mittags 12 Uhr zuladen ist. Bis dahin sind die Verhandlungen vertagt.

Inzwischen hat sich der Reichswehrminister entschlossen, Major Uhl endlich doch zur Zeugenvornehmung zu schicken. Man kann gespannt sein, was wer über die Finanzierung der Schwarzen Reichswehr aussagen wird.

Aus dem Reiche.

Zwei neue Gemüorde aufgedeckt? Vor einigen Tagen wurde in Frankfurt a. M. der nationalsozialistische Führer Schütting aus Bad Nauheim verhaftet, der im Verdacht steht, den rechtsextremen Oberleutnant a. D. Wagner, der im Jahre 1922 spurlos verschwunden ist, ermordet zu haben oder um seine Ermordung zu wissen. Wagner steuerte seinerzeit das Auto, mit dem der Kapitän Dittmar aus dem Erfurter Gefängnis befreit wurde. Er wurde im Frühjahr 1922 nachts überfallen und in einen Teich geworfen. Auf seine Hilferufe wurde er getötet und ins Bad Nauheimer Krankenhaus gebracht. Von dort verschwand er in der zweiten Nacht auf außergewöhnliche Weise und tauchte bisher nicht wieder auf. Es wird vermutet, daß er von seinen rechtsextremen Freunden Geld verlangte und daß, als seine Wünsche nicht erfüllt wurden, er mit Entführungen drohte. Darauf wurde wahrscheinlich der Versuch gemacht, den unbekannten Wagner zu befehligen. Ein weiterer sehr eigenartiger, bis jetzt unaufgeklärter Fall dieser Art ereignete sich im Sommer 1925. An dem Bahnhof zwischen Büsbach und Bad Nauheim wurde ein in Bad Nauheim wohnender ehemaliger Marineoffizier namens Tadenberg tot aufgefunden. Da er keine Wertsachen noch bei sich hatte, konnte ein Raubmord nicht angenommen werden. Auch einen Selbstmord hielt man für ausgeschlossen. Die Staatsanwaltschaft vermutete, daß Tadenberg aus dem Zug gefallen sei. Er war Mitglied der Brigade Ehhardt und hatte zu rechtsextremen Kreisen nahe Beziehungen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß auch Tadenberg in die geheimen Pläne der Fenneorganisation eingeweiht war und daß man befürchtete, er könne irgend welche Enthüllungen machen. Deshalb liegt die Vermutung nahe,

dass es sich auch in diesem tödlichen Falle um einen Kommandeur handelt.

Die Entwicklung des deutschnationalen Herrn v. Hassel als Gefangen nach Dänemark wird in einem großen Teil der Presse des In- und Auslandes als besonders auffallende Taktlosigkeit unserer Auswärtigen Amtes beurteilt. Den Vertrauensmann und Schwagerjohann von Tirpitz in ein Land zu schicken, das eine rein sozialdemokratische Regierung hat, das ist allerdings wohl der Gipfel der politischen „Selbstlosigkeit“. Wir werden uns daran zu erinnern haben, wenn wieder einmal die Verwendung standesüblicher Politiker mit Hinweisen auf die angebliche Stimmung in irgend einem Teil des Auslandes bekämpft wird.

Kreisgründungsbericht hatte die Ehre, in der reaktionären als auch in der Linkspresse von Bremen förmlich voll auf gewürdig worden zu sein. Er hat nämlich seine Unterschrift unter einen Petitionsaufruf zur Finanzierung einer reaktionären Zeitung in Bremen gegeben. Als einziger Nichtbremer fiel unser Kreisherr dabei besonders auf. Unser Bremer Parteiblatt meint, daß Kreisgründungsbericht sich in Bremen in Kästchen bringen will, will ihm der Boden hier in Schloss zu holt wird. Widerstände hat der rohale Baron ja seit langem in seinen geächteten eigenen Parteikreisen gefunden. Ob er aber tatsächlich schon ein neues Mandat sucht, wollen wir doch lieber erst abwarten. Die schlesischen Deutschnationalen sind ja auch gebildigt!

Die Flaggenhändlung in Konstanz hat am Dienstag, wie immer in ähnlichen Fällen, durch ein mildes Urteil ihren gerichtlichen Abschluß gefunden. Der Gymnastik-Kreis, der am 22. Mai eine von der Stadt Konstanz anlässlich des Reichshannertages angebrachte schwarz-rot-goldene Fahne abriß, wurde wegen Vergehens gegen das Republikanische Gesetz zu 14 Tagen Gefängnis mit Bewährungstricht verurteilt. Die anderen angeklagten Gymnasten wurden freigesprochen. Sie waren vorher bereits von der Schule entfernt worden. Der Konstanzer Vorstand ist damit nicht erledigt. Es ist erinnerlich, daß an ihm auch zwei Reichswehrangehörige beteiligt waren, über deren Verhalten derstellvertretende Reichswehrminister Dr. Kütt in Abwesenheit des Reichswehrministers nach einer Erklärung vor dem Reichstag einen Bericht eingefordert hat. Der Minister kündigte gleichzeitig eine gebührende Strafe an, falls sich die Beteiligung dieser Reichswehrangehörigen an der Flaggenhändlung als richtig erweisen sollte. In der Zwischenzeit hat man weder von dieser Untersuchung noch von ihrem Ergebnis auch nur das geringste gehört. Ebenso hat das Ergebnis der Untersuchung über die allgemeinen Zustände in der konstanzer Garnison nichts Licht der Offenheit erlebt. Sollten etwa die Verleumder des preußischen Innensenators Severing und die Flaggenhändler für ihre Missaten befordert worden sein?

Berliner Rotsandmaßnahmen. Die Berliner Stadtverordneten-Versammlung erklärte sich in ihrer gestrigen Sitzung mit der Durchführung der in der Magistratsvorlage vorgelebten Rotsandsarbeiten einverstanden. Es sind vorgesehene Strafanlagen in Höhe von circa 15 Millionen, Entwurffungsarbeiten in Höhe von circa 10 Millionen und verschiedene andere öffentliche Arbeiten, in Höhe von zusammen circa 10 Millionen Mark. Die Stadtverordneten nahmen weiter einen Zukunftsantrag der Deutschnationalen an, der eine 150-Millionenanleihe für Wohnungsgebäude fordert.

Dr. von Henig amnestiert. Das gegen den angeblichen Organisator des mitteldeutschen Aufstandes im Jahre 1923, Dr. Hans von Henig, eingeleitete Hochverratsverfahren ist vom Strafgericht des Reichsgerichtes auf Antrag des Oberrechtsanwaltes auf Grund der Amnestieverordnung eingestellt worden.

Zum Ministerialdirektor in der Reichskanzlei an Stelle des aus diesem Posten zum Staatssekretär beförderten Beamten ist einer der bisherigen Ministerialräte im selben Amt, namens Oermann, ernannt worden. Auch diese hochpolitischen Temerit, die zur Beratung des Leiters der ganzen Reichspolitik dienen sollen, werden nur noch mit Bürokraten besetzt.

Ein neuer Verband für europäische Verständigung

Ist in Berlin begründet worden. Vorsitzender ist der demokratische Professor Schäffing, Geschäftsführer der frühere demokratische Abgeordnete Heile. Beide halten aus ihrer bürgerlichen Einstellung heraus die europäische Wirtschaftseinigung für eine Frage, die wesentlich vom guten Willen abhängt. Im Wohlwollen wäre für England, Frankreich, Italien und, falls sie sich beteiligt, auch für die Sowjetunion, ein wichtiger europäischer Zollverein eine geradezu revolutionäre Angelegenheit, da er das Ende des außereuropäischen Kolonialimperialismus dieser Staaten wäre. Für Deutschland bedeutet dagegen das „Föderat“ einer europäischen Einigung heute eine risikolose Vertägung, die im übrigen die sehr viel engere wirtschaftliche Verbindung zwischen dem amerikanischen Finanzkapital und dem deutschen Unternehmertum verdeutlicht.

Infogebissen haben den Aufruf der neuen Vereinigung neben einer Reihe von ehrlichen Anhängern internationaler Verständigung, wie den Sozialdemokraten Löbe, Hörling, Seeger, Sollmann, Lederer, Singheiser, Wissell auch so weit rechtsstehende Männer wie Stresemann und sein Parteifreund Cremer, Reichswehrminister Gehler, die Unternehmensführer Dr. Sorge, Kothenberg, und andere unterstehen, also Leute, die für Verständigung immer nur dann sind, wenn die von ihnen vertretenen Interessen nichts dabei zu verlieren haben. Das entspricht der geistigen Verfälschung der Pan-europa-Agitation. Nicht nur wegen der in ganz anderer Richtung weisenden Tendenz des internationalen Kapitalismus, sondern auch wegen ihres stillschweigenden Hinweggehens über die Tendenzen wird man sie nach solchen „Erfolgen“ ebenso beurteilen, wie der französische Botschafter Romain Rolland, der ohnehin wahrlich ein guter Europäer, den Pan-europabanken förmlich als überholte bezeichnete. Wenn über die Erdteilegrenzen hinaus der Kapitalismus seine imperialistischen Grenzen führt, wird die Sprengung dieser Grenzen auch nur noch durch internationale Massenmäßige Zusammenschlüsse über die Erdteilesgrenzen hinweg möglich sein.

Das polnische Ermächtigungsgesetz und das Schulwesen.

Warschau, 29. Juli. (Drahtbericht). Wie zu erwarten war, hat nunmehr auch die Verfassungskommission des Senats die verfassungswidrige Gesetzesvorlage sowie das Ermächtigungsgesetz fast ohne Änderungen des vom Sejm beschlossenen Textes angenommen. Von den eingebrachten Verbesserungsanträgen sind die meisten bei der dritten Lesung gestrichen worden. Angenommen wurde der beachtenswerte Antrag, die Vollmachten der Regierung auch auf Änderung der Schulgesetze zu erweitern. Befamlich haben die nationalistischen Parteien des Sejms der Regierung eine solche Ermächtigung verweigert, um die jetzt bestehende in der heilsame Schule gebildete Schulgesetzgebung vor etwaigen liberalen Reformplänen des Kabinetts Bartel zu schützen. Bezeichnend ist dabei, daß der oben erwähnte Erweiterungsantrag vom Referenten der Senatskommission, Kryszkowski, ausgegangen ist, der zu der Partei des Ministerpräsidenten gehört. Gernert hat die Senatskommission den Antrag angenommen, der Regierung die Befugnis zum Verkauf von unbeweglichem staatlichem Vermögen im Wert von 100 000 Zloty einzuräumen.

Bis Sonnabend sollen die beiden Vorlagen sowie andere vom Sejm beschlossene Gesetze im Plenum des Senats erledigt werden, worauf sich der Senat bis Mitte September vertagen wird. Der Sejm wird seine letzte Sitzung am nächsten Dienstag abhalten, um die vom Senat vorgeschlagenen Änderungen zu erledigen.

Snowjews Maßregelung nicht „schönungslos“.

Moskau, 28. Juli. (Drahtbericht). Es liegt im Plan des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, daß versucht wird, eine Diskussion über den neuen Konflikt mit der Opposition zu vermeiden. Von diesem Gesichtspunkt aus ist es auch zu verstehen, daß das Parteiblatt, die „Pravda“ sich in seiner kurzen Kommentierung der vorgenommenen Maßregelungen große Zurückhaltung auferlegt und jede Schärfe in der Sprache vermeidet. Es berührt fast wie ein Widerspruch, wenn das Blatt schreibt, Lenin habe immer „Schönungslos“ gegen das Fraktionswesen in der Partei gekämpft, und dann weiter ausführt: Meinungsverschiedenheiten in der Partei seien wohl zu dulden, nur dürfen sie eben nicht zu solchen Folgen führen, wie im Falle Snowjew, Kaschewitsch und Genossen. Auch aus diesem Artikel wird man in manchen Kreisen neue Nahrung für die ohnehin schon vielfach geäußerte Vermutung ziehen, daß ein „schönungsloses“ Vorgehen gegen die rebellischen Genossen zunächst jedenfalls nicht beabsichtigt ist.

Sinalco
wird unter Beachtung aller
hygienischen
Anforderungen aus edelsten Früchten,
reinsten Fruchtsäuren u. bestem
Zucker hergestellt und ent-
hält keinerlei künst-
liche Essenze

Speck
&
Säring

12852

Rebenstraße 12
Tel. Ohle 4402

Dies habe er ihnen verkünden wollen, dies sei der Kern seiner Botschaft. Viele seiner Zuhörer waren Flüchtlinge aus der alten Welt. Leute, die der Unterdrückung und Knechtung entflohen waren. Zu diesen sprach er nun flehentlich, wie ein Mensch, dem über großes Leid das Herz getroffen, möchte doch ein Teil dieser schönen Erde vor dem Einbruch der Dämonen bewahrt bleiben! Möchten sich doch die Arbeiter, bezw. organisierten, ihren Apparat der Informationen und Propaganda ausbauen, damit, wenn die Kriege kam und die Geldherren Amerikas in die Kriegssparteien ließen, nicht blind und zerstört — noch nach den Verlusten der Herren — lämmen, sondern blind und freiheitlich der kooperativen Gemeinschaft.

„Seit wieviel Jahren warnen euch die Sozialisten! Ihr aber habt an uns geweifelt und den Worten eurer Ausbeuter gesiegt. Heute jedoch, in dieser Stunde der Krise, blüht nach Europa hümmer und erkennt, wer die wahren Freunde der Menschlichkeit und der Zivilisation sind! Welche Stimme tönt über die See und protestiert gegen den Krieg? Die sozialistische Stimme, einzig und allein die sozialistische Stimme! Und diese Stimme hört ihr heute Abend auch hier, in diesem Raum. Männer und Frauen Amerikas, und ihr, Verbündete von allen Ländern der Erde — ja ein Gefühl, tut es heute bevor es zu spät ist, und halte davon jetzt je in der Stunde der Not! Schmärt bei dem Blute unserer Märtyrer der hingefallenen deutschen Sozialisten, schwört doch, was immer geschehe, keine Macht auf Erden, in der Hölle oder unter der Erde auch in bielen brüdermörderischen Krieg treiben wird! Führt diesen Verpflicht, entsetzt die Botschaft an die Nationen der Erde: Die Männer aller Nationen und aller Rassen sind unsere Brüder, wir werden nie und niemals ihr Blut vergießen! Willen die Geldherren und Ausbeuter Krieg, gut, mögen sie ihn untereinander aussiegen. Mögen sie die Bomben und Granaten nehmen, die sie selbst hergestellt haben, und widereinander ziehen! Mögen sie ihre eigene Klasse in die Luft sprengen. Doch nicht das Proletariat in ihre Klasse locken.“

„Immer wieder und wieder breite Befall auf: Männer erhoben die Hände zu feierlichem Gelöbnis, und die Sozialisten verließen die Versammlung neuen Ernst in den Gesichtern, heiligen Entschluss im Herzen. Sie hatten ein Gefühl geben, sie würden es halten, redet daran, wenn es sie das gleiche Sozialisten, wie für die heldenhaften deutschen Genossen.“

(Fortsetzung folgt.)

Jimmie Higgins.

(Roman von Union Sinclair)

Autorisierte Übersetzung von Hermynia zur Mühlens
7

Er verlor keine Zeit mit oratorischen Einleitungen. Diese Stunde, verkündete er, und seine Stimme bedeckte vor Bewegtheit, sei die ernste Stunde, die es je auf Erden gegeben. Heute, um Sollnerkeit der Lokalisierung, habe er eine Nachricht gelesen, die ihn tiefer erschüttert habe, als je etwas in seinem Leben, die ihm ja die Kraft genommen und zu tönen zu sprechen. Vielleicht kannten alle die Nachricht noch nicht; er teilte sie mit, und Empörungsergien fliegen aus dem Publikum auf.

Ja, sie hätten recht zu protestieren, rief der Redner fort, auf den blutigsten Blättern der Weltgeschichte würde kein empörendetes Verbrechen als Vieles. Die Herzen Europas, von ihrer habgierigem Wohlstand zugetrieben, rieben die Gräber der Menschheit auf ihre gekrönten Häupter, hineinreden. Heute hier, würde er es ihnen verkünden — die harke, heilige Stimme wollt zum Wachstrei an —, daß sie das Verderben ihrer eigenen Fäuste bezüglich die Gräberne aus dem Bau der kapitalistischen Gesellschaft gerissen haben, indem sie das Todesurteil dieser heroischen Märtyrer unterschrieben hatten. Die Stimme des Redners klärt das Publikum von seinen Söhnen aufzuteilen, seine letzten Worte gingen im Beifallsrauschen unter.

Dann trat überaus Stille ein, und der Raum auf der Bühne redete weiter; er hiepte auf der Rednertribüne gewisse Eigenschaften seine heilige Gestalt bilde auch nicht einen Augenschein, ja; er hiepte auf einem Ende der Bühne zum anderen, fröhlich, ja, als wolle er sich auf die Zuschauer lächeln; ein langer, fröhlicher Lacher fuhr durch die Halle über sich gegen den Rednertribüne, als wolle er den Redner bloße in die Herzen der Zuschauenden freiben. Dieses笑はる哉 was eine Stärke von Empörungsmutter und Schauspieler. Der笑はる哉 war voller Freude; konnte man mehr von ihm hören die Stimme, die er verfaßt, so wird man dies entlocken und aufzufinden. Wollte man jedoch, was sein Leben gewesen — ein ehrlicher, unentwegter Kampf gegen Unterdrückung (nein, eigentlich: Unterdrückung hatte er im Rathaus erwacht, nicht in der Bühne gebracht, die Bühne einer unechten Komödie zu organisieren) — so verfaßte man ihn und seine Art zu verfaßten. Dies笑はる哉 war der

Nus Schlesien.

Eisenbahnunglück in Polnisch-Oberschlesien.

Auf der Strecke Dombrowa-Gronica fuhren zwei Personenwagen, wie verlautet infolge falscher Weichenstellung, zusammen. Zwei Waggons wurden vollständig zertrümmt. Zwei Schaffner wurden schwer verletzt. Einer ist seinen Verlebungen bereits erlegen. Die Untersuchung hat ergeben, daß das Stellwerk vollständig veraltet und schadhaft ist.

Wahlkampf in Polnisch-Oberschlesien.

Die polnischen Parteien enthalten eifige Tätigkeit für die bevorstehenden Kommunalwahlen. Täglich finden Versammlungen, hauptsächlich vom Westmarkverein einberufen, statt, in denen auf die deutsche Gefahr hingewiesen wird. Auch die Christlich-nationale Partei (Koranski-Partei) erläutert an die polnische Bevölkerung einen Aufruf und fordert zu einer gemeinsamen Einheitsfront auf. In dem Aufruf wird darauf hingewiesen, daß die Befürchtung besteht, daß die Deutschen bei der Wahl das Übergewicht erhalten könnten, die polnische Bevölkerung müsse daher zur Einsicht kommen und den Zwischenstand, der zwischen den einzelnen Parteien besteht, begraben. Es hat sich bereits ein Komitee gebildet, das alle politischen Parteien von links nach rechts umfaßt, und das in den nächsten Tagen mit einem ähnlichen Aufruf an die Oberschlesier treten wird.

Schreiberhau. Der Fremdenverkehr im Riesen-Schreiberhau weist verhältnismäßig günstige Ziffern auf. In Schreiberhau wurden nach der neuesten Fremdenliste 1140 Dauergäste und 10 526 Durchreisende gezählt, in Krummhübel 9408 Ausländer und Durchreisende.

Binslau. Ein unvorstellbarer Schluß. In Großhartmannsdorf richtete ein Stahlhauer auf die Frau des Maurers Stephan im Scherz einen Revolver und drückte ab. Die Frau wurde in den Kopf getroffen und mußte sofort in das Krankenhaus überführt werden. Der Schluß wurde verhaftet.

Groß-Strehlig. Ein bestiebener festgenommen. Den langen Bemühungen des Oberlandjägers Skripka aus Jaworski und des vorigen Polizeibeamten ist es gelungen, in den Spalten Weiß und Grau ein Kleebatt festzunehmen, das monatelang die ganze Umgegend unsicher machte. Nichts war vor ihm sicher. Geständig wurde aus den Stellungen geholt, Banditen wurden erbrochen und ist das gestohlene Warenlager gut zwei Fahrzeuge stark. Bei den Vernehmungen beschuldigten sich die drei nur gegenseitig und so kam durch einen Zufall heraus, daß Spaller und Weiss in der Nacht vom 22. zum 23. Mai dieses Jahres den Dom am Karfreitag geplündert haben und etwa drei Wochen später versuchten, den Hüttenreich abzulassen, wodurch das Werk stillgelegt worden wäre. Dreißig Diebstähle und Einbrüche haben die bestgenommenen bereits eingestanden, doch wird das Register wohl noch etwas größer sein.

Cotol. Von der Oderfahrt. Das Hochwasser dieses Jahres läßt die Oberschwäbische nicht in geordnete Bahnen kommen. Jetzt, nachdem wieder normales Wasserstand erreicht ist, kommt der fehlende Kahnraum als weitere Hemmung hinzu. Um nach und nach wieder einen gezielten Betrieb herbeizuführen, wird seit längerer Zeit verlängerter Schleusenbetrieb abends und auch Sonntags durchgeführt. Die ungeheueren, durch das Hochwasser angeschwemmten Sandmengen beeinträchtigen die Leistungsfähigkeit der Schleusen. Es wird darum mit besonderer Beschleunigung an der Befreiung dieser Sandmengen gearbeitet. Bergwärts haben in der Berichtswoche 123 Fahrzeuge den Hafen erreicht. Von diesen führten 82 Kähne insgesamt 22 128 Tonnen Eisen, Schwefelkies, Alteisen und Holz. Große Mengen Holz wurden außerdem nach Krappitz angeliefert. Den Hafen haben 143 Kähne mit 460 775 Tonnen Kohle, 264 Tonnen Zink, 513,5 Tonnen Eisen, 280 Tonnen Eisenstählen, 2015 Tonnen Elektrotdose, 1138 Tonnen Zuder, 189,5 Tonnen Malz, 10,5 Tonnen Antimon, 25,5 Tonnen Hafer und 17 Tonnen Papier verlassen. — Der Kahnbestand beträgt zurzeit 110 Fahrzeuge.

Gattenstag Ein Schmuggler erschossen. In einem Getreidefeld in Woznitz wurde die Leiche eines gewissen Robert Nowakowski aufgefunden, der als Schmuggler bekannt war und von den Grenzoldaten angeschossen wurde. Bei dem Toten fand man eine kleinere Menge Zigaretten vor, welche er aus Deutschland über die Grenze geschmuggelt hatte.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Bezirksleitung Breslau (Land)-Neumarkt.

Kreisanordnung.

Sonntag, den 8. August, vormittags 9 Uhr, bei Hirsch in Brodau, Dorfstraße.

Kreisversammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht von der Bundesgeneralversammlung; 2. Kreisangelegenheiten; 3. Beschiedenes.

Sämtliche Abteilungsleiter, Ortsgruppenführer und Kassierer haben bestimmt zu erscheinen. Zur Teilnahme am Kreisfest halten sich die einzelnen Ortsgruppen nach den Anordnungen ihrer Vorstände und Bannerauführer. Der Kreisleiter.

*

Beratungen in der Woche vom 30. Juli bis 3. August.
Freitag, den 30. Juli:

Ortsverein Hartleb-Klettendorf-Kreitern. 8 Uhr abends bei Rothenberger in Hartleb: Außerordentliche Monatsversammlung. Spielleute Instrumente mitbringen. Kein Kommando darf fehlen. Redner anwesend.

Ortsverein Groß-Mochbern. 8 Uhr abends bei Sawroth in Groß-Mochbern: Appell.

Sonnenabend, den 31. Juli:

Ortsverein Neukirch. 8 Uhr abends bei Dargowitz in Neukirch: Monatsversammlung.

Ortsverein Zimpel. 8 Uhr abends bei Wittke, Zimpelerweg: Monatsversammlung.

Freitag, den 6. August:

Ortsverein Hermannsdorf. 7 Uhr abends bei Großrödel in Arnoldsgrün: Monatsversammlung.

Ortsverein Deutsch-Bissa. 7½ Uhr abends bei Konrad in Deutsch-Bissa: Monatsversammlung.

Ortsverein 7 Uhr abends bei Schule in Kretzdorf: Monatsversammlung.

Ortsverein Schweidnitz. 7½ Uhr abends bei Kau in Schweidnitz: Monatsversammlung.

Sonnenabend, den 7. August:

Ortsverein Herrnprosch. 8 Uhr abends bei Kasius in Herrnprosch: Monatsversammlung.

Ortsverein Klein-Sagowitz. 7 Uhr abends bei Seidel in Niedersagowitz: Monatsversammlung.

Ortsverein Rothenhal. 7½ Uhr abends „Zur schwarzen Eule“ in Rothenhal: Monatsversammlung.

Ortsverein Steine. 8 Uhr abends bei Großöll in Steine: Monatsversammlung.

Sonntag, den 8. August:

Ortsverein Ober-Stephansdorf. 8 Uhr abends bei Kleßner in Nieder-Stephansdorf: Monatsversammlung.

Sonntag, den 8. August:

Ortsverein Löbendorf. 8 Uhr nachmittags bei Schloß in Nieder-Stenkenhain: Monatsversammlung.

Kameraden, sagt dafür, daß die Veranstaltungen sowie das diesjährige Kreistreffen gut besucht wird. Die Führer haben dafür zu sorgen, daß jeder einzelne Kamerad einer republikanischen Partei angehört.

Die Zeit ist ernst.

Der Bezirks- und Kreisleiter.

Herrenprosch. Konzert der Freien Mandolinen- und Gitarren-Vereinigung. Die Vereinigung, Mitglied des Arbeiter-Mandolinenbundes, erfreute durch ein Konzert die Freunde in der Heilquelle Herrnprosch. Es ist eine allbekannte Tatsache, daß gerade diejenigen, die am wenigsten oder gar nicht mit Glücksgläsern gesegnet sind, sich am ehesten hilfsbereit zeigen. So war es auch bei der Freien Mandolinen-Vereinigung. In einer Stärke von 70 bis 80 Personen bildeten diese ein gut zusammenspielendes Orchester. Genosse Fischer, vielen durch den Rundfunk bekannt, war ein Dirigent, der es verstand, seine Leute zusammenzuholen, so daß nur das Beste geboten ward. Frohe Volks- und Kinderlieder, Lieber, von Kampf und Freiheitssinn suchend, veranlaßten die zahlreichen Zuhörer zu frohem Beifall. Besondere Aufmerksamkeit fand mit ihrem Spiel die Kindergruppe unter Leitung des Genossen Höglund. Genosse Stoffel und Direktor Oppolka würdigten die Verdienste der Vereinigung.

Stabelwitz. Der Stahlhelm marschiert wieder. Bei der Beerdigung des durch Ertrinken ums Leben gekommenen H. konnten die Einwohner vor kurzem den Stahlhelm in voller Glorie bewundern. Schon die Angehörige des Stahlhelms wies darauf hin, daß ein ferndeutscher Mann gestorben war. Was es mit solcher ferndeutschen Gesinnung auf sich hat, weiß jeder aus Gewisse. Zur Genüge ist ja auch die Firma Schäffer-Stabelwitz bekannt, wie sie solche Gesinnung zu würdigen weiß. Solche ferndeutschen Leute sind ihr gerade recht. Trotz des Verbots öffentlicher Umzüge zog der Stahlhelm mit Macht auf dem Rückwege durch die Ortschaften. Er wollte sich eben noch einmal in voller Heldenglorie zeigen. Und die war läufig genug. Trotzdem man sogar per Postauto (wer mag das nur bezahlen?) Verstärkung aus Neumarkt oder sonst woher geholt hatte, marschierten unter den vier riesengroßen Kriegsfahnen nur 31 „Helden“. Eine Beschreibung dieser Reden braucht nicht gegeben zu werden. Eines kann aber gesagt werden: Die republikanische Bevölkerung, die den Herrschäften wenig Beachtung schenkt, wird sich diesen Unfug nicht lange ansehen und durch einen Aufmarsch zeigen, wo die Mehrheit steht. Zum Schluß noch eine Frage: Wem gehörte denn die schwärzeweiss-rote Fahne, die vor kurzem mehrere Tage lang in einem Fenster des Bahnhofs Herrnprosch hing? Wem zu Ehren?

Schmolz. Der absterbende Haus- und Grundbesitzerverein! Obengenannter Verein ist wirklich mit einem besonderen Glücksgrat gesegnet, wenn Herr Weilert alsstellvertretender Vorsteher seines Amtes waltet. Da die meisten Hausbesitzer sich weigern, jetzt noch ihre Beiträge zu entrichten und aus dem Verein scheiden (das sind die geistig Verkümmerten), haben einzelne bereits verkündet, daß die 50% Grundvermögenssteuer umgelegt werden. Nur Anträge des Weilert fordert man 4 Proz. der Friedensmiete als Ausgleich für die Grundvermögenssteuer. Arbeiter, verweigert die Zahlung, zahlt nur 2% der Friedensmiete, das sind z. B. bei 10 Mark Friedensmiete 20 Pfennige. Die übrigen 2% können sich die Hausbesitzer vom Herrn Weilert bezahlen lassen. Mieter, Arbeiter, Angestellte und Beamte, was würde man mit uns alles angeben, wenn die Herren so könnten, wie sie wollten. Merkt Euch diese Sorge Menschen.

Nus dem Kreise Nimptsch.

Vollversammlung.

Die Ortsgruppe Nimptsch hielt am Montag in der „Grünen Wiese“ eine öffentliche Vollversammlung ab. Es referierte der Genosse Kreisabschußordner Schiffer. Breslau über: „Die allgemeine Wirtschaftslage“. Genosse Schiffer behandelte eingehend die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Reiches, die wirtschaftliche Lage des Arbeitnehmers und die trostlosen Zustände auf dem Arbeitsmarkt. Redner erwartet auf Grund der während der Ernte herrschenden Arbeitslosigkeit eine Steigerung der Erwerbslosenziffer im kommenden Winter bis auf 2 Millionen. Eine klare Aufführung erhielt die Zollpolitik der Reichsregierung. Der Vortrag wurde von den wenigen Anwesenden äußerst befürchtet aufgenommen. Diskussion von gegenseitiger Seite fand nicht statt. Vorsitzender Genosse P. Jurkach schloß gegen 11 Uhr die Versammlung.

* Am 29. August findet hier ein Republikanischer Tag, verbunden mit Kreistreffen, statt. Die Vorbereitungen dazu sind im vollen Gange. Hoffen wir, daß der Festauschlag, der mit einer reichen Beteiligung der Kameraden der Nachbarkreise, wie Strehlen, Frankenstein, Münsterberg, Reichenbach, Görlitz, Ohlau, Breslau usw., rechnet, nicht enttäuscht wird. Das Programm der Versammlung wird rechtzeitig bekannt gegeben werden. Die Einladungen erfolgen spätestens Anfang nächster Woche.

* Berichtsverbesserungen. Durch die von der OBD Breslau probeweise eingeführte Jüge, 11,08 Uhr vorm. Richtung Gnadenfrei und 4,14 Uhr nachm. Richtung Breslau ist dem reitenden Bürgertum eine fühlbare Berichtsverbesserung gegeben worden. Es wäre wünschenswert, wenn diese Jüge ständig verkehren würden.

* Badeanhalt. Wer geben unseren Leuten nachstehend den abgeänderten Badeplan bekommt: Montag, 6-8: Familienbad; 8-12: Damen; 12-3: Herren; 3-9: Familienbad. — Dienstag, 6-8: Familienbad; 8-10: Damen; 10-12: Volksschülerinnen; 12-3: Damen; 3-6: Volksschüler; 6-9: Familienbad. — Mittwoch, 6-8: Familienbad; 8-10: Herren; 10-12: Volksschüler; 12-3: Herren; 3-9: Volksschultag. — Donnerstag, 6-8: Familienbad; 8-10: Damen; 10-12: Herren; 12-3: Damen; 3-9: Familienbad. — Freitag, 6-8: Familienbad; 8-10: Damen; 10-12: Volksschülerinnen; 12-3: Herren; 3-6: Schülerrinnen; 6-9: Familienbad. — Sonnabend, 6-8: Familienbad; 8-10: Herren; 10-12: Volksschüler; 12-3: Damen; 3-9: Volksschultag. — Sonntag: Durchgehend von früh um 6 Uhr bis abends 6 Uhr: Familienbad.

* Bürgermeister Kühn ist von seinem Urlaub zurückgekehrt und hat die Geschäfte wieder übernommen.

* Die Vertretung des in Urlaub befindlichen Vorstands Schöbeld für Kreisausschüsse führt Kreisausschüssemitglied Genosse Winkler.

Arbeiter-Sport

Der 15. Bundestag des Arbeiter-Turn- und Sportbundes

begann seine Verhandlungen mit dem vom Bundesvorstand Gellert erwarteten Organisationsbericht. Die Kritik und besonders die schwierige Finanzlage der Gemeinden haben die Tätigkeit des Bundes immer gehemmt. Der Bund hatte bei Jahresabschluß 526 367 Mitglieder über 14 Jahre. Im ersten Quartal dieses Jahres sind 15 197 Mitglieder neu aufgenommen worden. Die in den letzten Jahren gebildeten Werksgemeinschaften müssen als Verlust der Stärkung der Arbeiterturnbewegung angesehen werden. Der Bundesvorstand beschloß dann die vom Vorstand beantragte Neuordnung der Urschulunterricht und das Fortbildungsbüro an den Frontkämpfer-Vereinen. Mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold seien jetzt bestehende Vereinbarungen getroffen. Starte innere Auseinandersetzungen waren wegen der kommunistischen Beziehungen unvermeidlich. Der Bundesvorstand wird für weiter gegen alle Berlehrungsbestrebungen kämpfen. In der Stellung des Bundes an den bürgerlichen Verbänden bleibt maßgebend, daß jede Gemeinschaft absondernd ist.

Der Bericht des Ausschusses den 1. August erzielte keine Ergebnisse. Auch der Bundesausschuss werde, wie bisher, ja auch in Zukunft gegen verschiedene Einflüsse mit Abschütteln vorgehen. Zu den Nutzen und Vorteilen sieht der Redner seine Stellungnahme in dem Satz zusammen: Wer internationale Spiele veranstaltet will, muß auch die internationalen Sitten und Gebräuche respektieren.

Über das Bundesgeschäft berichtete Gellert: 21. Leipziger. Es ist mit viel Erfolg bearbeitet worden; auch die Ergebnisse der 12 Missionen im Reich bestreitig. Das Ergebnis der Vermögen des Bundes beträgt 1 472 000 Mark. Die Revisionskommission beantragte Entlastung für alle Geschäftszweige.

Die Nachmittagssitzung brachte eine ausgedehnte Ausprache über die Berichte, an der sich u. a. Berlin, Leipzig, Dresden, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen beteiligten. Ein breiter Raum nahm dabei die Frage der Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Verbänden ein. Einheitlich wurde der Standpunkt der vorstehenden Ablehnung der Zusammenarbeit vertreten. Die Böblitz Breslau begrüßte einen Antrag, der von jedem Mitglied des Bundes vollstädig oder gewerkschaftlich organisierte Auswirkungen verlangt. Büffler-Wien, Reichenbach und Mehr-Zino, die österreichischen Sportler vertreten, wandten sich außerdem öffentlich temperamentvoll gegen die inneren Kämpfe im Bunde. Schäfe Auseinandersetzungen gab es über das Recht des Ausschlusses durch den Vorstand bzw. Bundesausschuss. Die kommunistischen Vertreter bestritten dieses Recht, das aber von den meisten Rednern verteidigt wurde. Hamm-Essen drohte, daß bei Festlegung des Bundes auf die SWD die Kommunisten zusammenhängend zusammenstoßen, um die politischen Befreiungen zu verhindern. Beantragt wurde, den Namen des Bundes in „Deutscher Arbeiter-Sportbund“ zu ändern. Intelligenter drehte sich die Aussprache vornehmlich um organisatorische Fragen. Nachdem insgesamt 20 Redner zu Worte gekommen waren, wurde die Aussprache beigelegt, und die Berichterstatter setzten sich mit den vorgebrachten Belehrungen und Wünschen auseinander. Der Bericht der Mandatsaufgabenkommission ergab die Anwesenheit von 245 Delegierten. Der Bericht wurde genehmigt und die weiteren Verhandlungen abends um 7½ Uhr auf Montag fortgesetzt.

Die Beratungen des zweiten Verhandlungstages begannen wiederum morgens um 7 Uhr. Nach einem ergangenen Bericht der Mandatsaufgabenkommission und nachdem Geschäftsführer Schubert sich zu den vorliegenden Anträgen geäußert hatte, wurde zur Beschlussfassung über die Anträge gestritten. Neben vielen Anträgen rein organisatorischer Natur wurden folgende Anträge von grundsätzlicher Bedeutung angenommen:

Ein Antrag, der prinzipielle Ablehnung sportlicher und festlicher Zusammenarbeit mit bürgerlichen Verbänden erneut festlegt; ein weiterer Antrag, wonach jedes Bundesmitglied über 18 Jahre politisch oder gewerkschaftlich organisiert sein muß; ein Antrag, der bestimmt, daß der BSV jetzt zum Reichsbanner oder zum Roten Frontkämpferbund jedem Mitglied freigestellt bleiben muß. Angenommen wurde auch eine Entschließung, die die Herstellung eines engen Kampfbündnisses mit der in Rote (Moskauer) Sport-Internationale organisierten Arbeiterschaft als notwendig bezeichnet. Ein weiterer Antrag, der Nutznahme fand, fordert eine Vereinigung aller Arbeiter-Sportverbände.

Über die Arbeiten des Technischen Ausschusses und die Lehrer-Turn- und Sportschule referierte der Bundes-Turnwart Bendix: Wenn es schon die Aufgabe des Technischen Ausschusses sei, Anträge zu geben, dann müßten auch die Kreise entsprechend arbeiten und Anträge und technische Berichte geben. Der Redner äußerte sich ausdrücklich zur Spartenfrage und wies auf die grundlegenden Voraussetzungen einer erfolgreichen Arbeit hin: diese lägen in einer Reform und freiheitlicher Gestaltung der Bundeschule. Ein wesentliches Problem unter den Anträgen des Bundes ist die Mitglieds- und Funktionärstraining, sowohl im sportlichen, als im weltanschaulichen Sinne. Diese große Aufgabe sollte vor allem die neue Bundeschule erfüllen. Es war eine Tat des Koseler Bundesrates“, erklärte Bendix, die Voraussetzungen für den Bau der Schule zu schaffen. Die Aufgabe des Hamburger Bundesrates wird es sein, nun mehr die Grundlagen für eine erfolgreiche Schularbeit zu schaffen.“ Es müsse die Möglichkeit gegeben werden, die Schule aus allen Gauen zu besuchen. Bei 25 vierzehntägigen Reisen kann mit einer Ausgabe von 60 000 Mark für Verpflegung und Transport zu rechnen. Nur alle Fälle könne der BSV sein auf das geschaffene Werk. Notwendig sei aber die Anstellung der denkbar besten Lehrkräfte. Dabei müsse entschieden werden, ob eventuell auch Kräfte angestellt werden, die politisch noch nicht organisiert sind. Zum Schluß äußerte sich der Redner eingehend über die Organisation und Einführung der Schule und bat, die notwendigen Mittel zu bewilligen.

Bundesvorstand Gellert machte sodann einige Zusicherungen über die Bauarbeiten der Bundeschule und legte dabei einige Differenzen mit der Bauhütte Leipzig dar. Geschäftsführer Schubert sprach über die finanzielle Seite des Unternehmens. Der Bau habe außerordentliche Mittel erfordert. Der beschlossene Pflichtbeitrag sei leider nicht so eingegangen, wie es notwendig gewesen wäre. Bis heute sind für den Bau 84 000 Mark aufgewendet worden. Sie wurden im wesentlichen und zwar in der Höhe von 368 000 Mark, dem Bundesvermögen entnommen. 246 000 Mark sind durch Be

Extra billige Damen-Konfektion

In unseren bekannt guten Qualitäten!



Kleid „Asia“
seiden. Waschmusselin mit Paspel, Seidenbandstola, für Frauen und Mädchen 2.90

Kleid „Angie“
neuart. Muster, Waschmusselin m. Krag., Tasch. u. Krawatte, Satinbesatz 3.95

Kleid „Auguste“
Waschkrepp, neue Karoselli, Spitz., Westen-einsatz mit Perlenknöpfen 4.50

Kleid „Alice“
das neue Waschseid-Bordürenkleid, die große Mode, m. Faltenrock und Gürtel 5.90



Kleid „Armgard“
Schweizer Vollvoile mit Spitzeinsatz und Seidenbandgarnier, reich Knopfverz. u. große Muster 5.90
weil gezog. Rock 7.50
Kasak aus Waschmusselin, neu garniert 1.95
Kasak aus flott. Waschmusselin, m. lang. Arm 2.95
Kasak aus Waschkrepp, flott garniert 3.25
Kasak aus Waschseide, mit lang. Seidenband 4.50
Kasak aus Vollvoile, reich mit Säumen 5.90
Kasak aus Vollvoile, mit Wasserfallfischchen 6.50
Vollvoilekleider, große Blumenstraußmuster mit absteckenden Vorlegeren 9.50, 7.50, 5.90 2.95
Waschseidenkleider, hohe Muster mit Seidenbanddekor, Rock gezog. od. in Falt. 5.90, 4.90 3.90

Herren-Konfektion

Herren-Arbeitskosen, einfarbige Zwinstoffe 4.85
Paar 5.50

Herren-Stoffkosen aus guten soliden Stoffen, 7.25
in schönen Mustern

Herren-Breitkosen in guten Noppenstoffen
Einschlagsgrößen 3.75 Männergroßen 4.75

Stück 3.75

Herren-Breitkosen am gewünschten Reißcord 7.75
Paar

Herren-Windjacken aus Covercoat und guten gezwirnten Stoffen, nur schwer imprägnierte Qualität 8.25
Stück 12.50, 12.75, 11.75

Rubben-Wuschanzug in Kadett-, An-

Knöpf- und Kicker-

form, in großer Auswahl, 5.30, 3.70, 2.50

Hauptpreislagen f. 3 Jahre Steigerung 30 Pf.

Zurka Rubben-Stoffanzuge in guten

300 Stück Rubben-Stoffanzuge in guten

<p

Für die Frauen

Reichswehrehe.

Von Walther Victor.

Der Chef der Reichswehr, Herr von Seekt, ist als ein Schweiger bekannt geworden, und man weiß, daß es sein ist, daß so wenig als möglich über seine Reichswehr gesprochen wird. Dieser Wunsch konnte nicht immer erfüllt werden; und gibt da so manche Dinge, über die unserer Meinung nach nicht genug geredet werden kann. Etwas Neues in dieser Art ist die Diskussion der die Verhältnisse der Reichswehr betreffenden Vorschriften, die der Fall des zweiten Mende notwendig macht.

Es handelt sich um folgendes: Der § 31 des Reichswehrgesetzes und die Heeresverordnung vom 5. Januar 1922 schreiben das, von besonderen Ausnahmefällen abgesehen, Soldatenreichswehr eine Heiratslaubnis (1) nur erteilt wird nach Ablauf des 27. Lebensjahres oder nach einer achtjährigen Zeit. Diese Vorschrift wird selbst in der bürgerlichen Presse als mittelalterliche Grausamkeit bezeichnet, sie ist aber wiederum eine Vergewaltigung primitiver Menschenrechte, die im schreienden Widerspruch steht zum Geist und Inhalt der Ehe.

Sie protestiert sich solche Dinge auswirken, zeigt der vorliegende Text. Der Geizige Mensch in der zweiten Batterie des Artillerieabments 2 hat von der Tochter eines Eisenbahnoberhauptmanns in Neisse bereits drei Kinder, lebt mit Frau und Schwiegereltern im besten Einvernehmen — aber geistlich verheiratet ist er nicht. Dem will nun der Schwiegervater abhelfen. Er kennt diese Welt nicht mehr aus, die gleichzeitig für unsittlich hält, uneheliche Kinder in die Welt zu schenken und das Heiraten ist. Er wendet sich also in einer Eingabe, durch die die belämmert worden ist, an den Reichstag, um endlich den zum Standesamt für seine Tochter freizumachen und die Laubnis für seinen Schwiegersohn — so nennt er ihn — zu erhalten. Die Reichsregierung des Herrn Marx aber genehmigt, da der Geizige Mensch den Bedingungen für die Ehe nicht entspricht und hat somit:

"In dem Vorhabensein von drei unehelichen Kindern ein besonderer Ausnahmefall nicht erachtet werden." So der Entschluss, der außerordentlich dazu angewandt ist, die soziale Moralität zu belämmern. Ausgerechnet einer Regierungsentzessmannes Marx müsse das passieren! Ein uneheliches — nun, das ist doch noch der in Zentrumstreit herrschenden Ausschaffung so ähnlich das Schlimmste, was man sich denken und das arme Mädchen, das so der Sünde "dlobt" wurde, der nichts zu lachen. Wie viele Familientragödien sind nicht die Folgen solcher engherziger, heimlicherischer "Moral"! Wie viele sind nicht schon ins Gefängnis gegangen, verwirkt entweder in der Angst vor dem Urteil der Eltern, der lieben Freunden oder gar "Gottes"! Nein, das erste Kind hat längst neun Monate nach dem Standesamt zu erscheinen, sind es sechs; dann beginnt es leise und giftig um die Heilsteute zu schreien. Wie wenige vermögen sich dem Terror dieser schändlichen Meinung zu entziehen und frei und stark ihrer Freude zu haben! Auch dem Großvater der drei Kinder des Geizigen mag das Gerede langsam geworden sein: nun hat er ja bekommen, daß drei uneheliche Kinder haben und nicht ein Dritter in einem besonderen Ausnahmefall sei, wenn der nämliche bei der Reichswehr ist. Es müssen wohl erst noch weiter dazu kommen!

Unterdessen stellt sich das Verhältnis des Geizigen Menschen nicht standesamtlich beglaubigten Frau als ein ungesehend dar, das Strafgesetz ist so freundlich, es "Unzucht" zu tun und den mit seiner Beschwerde abgewiesenen Schwiegereltern, weil er "gewohnheitsmäßig durch Gewährung oder Verleihung von Gelegenheit Vorlese leistet" (§ 180) mit Gefängnis, mit der bürgerlichen Ehrenrechte (!) und Stellung unter Leidenschaft zu bedrohen. Ein böser Nachbar droht nur das schreckliche "Abergernis" zu nehmen. Daß die Reichsregierung Vorlese geleistet hat, dürfte das Gericht kaum einsehen. Auch Reichswehrsoldaten, die noch keine 8 Dienstjahre abgeleistet haben oder noch unter 27 Jahren sind, durch in dieser Republik gegebene einfach genötigt sind, sich der vermaledeiten freien hinzugeben oder aber eine Reichswehrrede nach dem Muster des Geizigen Menschen zu schließen, dürfte einem deutschen Gericht plausibel zu machen sein. Sollen sie die Finger davon lassen der Richter sagen.

So bleibt nur noch festzustellen, daß diejenigen, die unter der Barbarei leiden, wieder die Mädchen und Frauen sind. reden hier nicht davon, daß auch nach dem Erlass der neuen Verfassung mit ihrer formellen Gleichstellung ehemaliger unehelicher Kinder Mutter und Schwester das Schicksal der unehelichen Mutter sind. Das trifft ja auch diejenigen, die sich einen in freier Liebe gegeben haben, der keine Uniform trägt. Der Sohn, der bekanntlich der schönste Mann im Staate ist, aber leicht der Versuchung unterliegen, und aus der Not, nicht stolzen zu dürfen, die Tugend machen: nicht heiraten zu können, selbst wenn er ein paar Kinder hat; und die Hauptsfrage aller Werter, die ihr Herz an eine Reichswehruniform haben, wird lauten müssen: "Darfst Du auch . . . ?" So grotesk geht es manchmal zu, und es will uns auch scheinen, es wäre besser, wir hätten weder Reichswehr noch bürgerliche Moral.

Selbst ist die Frau

AUS DER MODENSCHAU
DER „FRAUENWELT“



DREI KLEIDER FÜR STÄRKERE

J. 2163. Gr. 46 u. 50. HOCHSOMMERKLEID aus bedrucktem Volle mit Aufzug aus bedrucktem Glasbaum. Stoffverbrauch: 3,50 m, 100 cm breit, 0,90 m Besatzstoff, 80 cm breit.

J. 2165. Gr. 46 u. 50. HAUSKLEID aus bedrucktem

Crepone in schwarzem Besatz. Stoffverbrauch für Gr. 50: 4,20 m, 95 cm breit, 0,70 m Besatzstoff, 80 cm breit.

J. 2167. Gr. 46 u. 50. HÜBSCHES KLEID aus Musselin mit weißer, in Saumchen abgehängter Weste sowie weißem Kragen und Armauschlagnen. Stoffverbrauch: 3,10 m 100 cm breit, 0,65 m Besatzstoff, 110 cm breit.

LYON-SCHNITTE 90 PP.

WENN ES KÜHLER WIRD

F. 6325. REISE- ODER REGENMANTEL aus gemustertem Wollstoff mit Peterne. Stoffverbrauch bei 130 cm Breite 3,50 m.

F. 6326. SOMMERMANTEL aus Bast- oder Waschseide. Ein schmales Ohrschleife mit einer Schnalle. Stoffverbrauch bei 100 cm Breite 4 m.

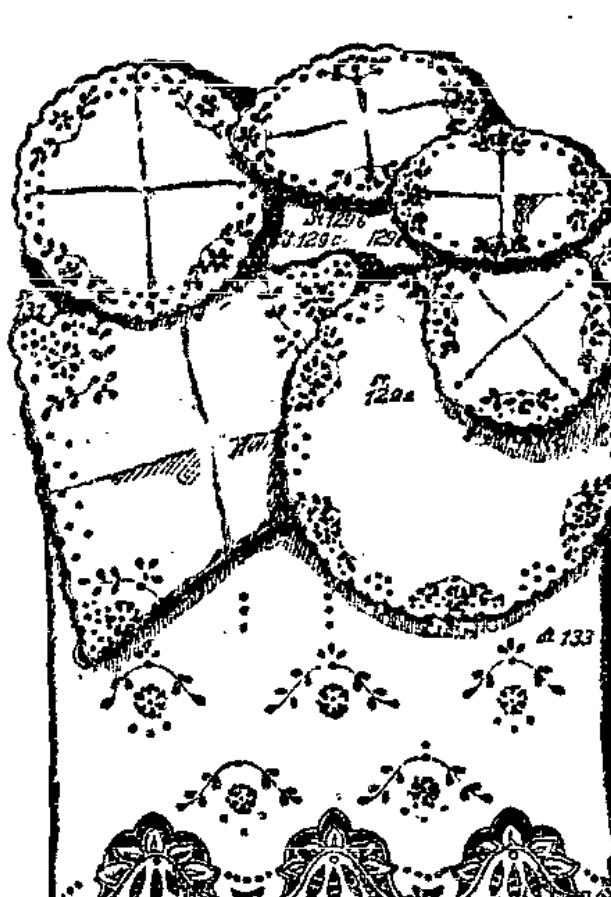
F. 6328. SOMMERMANTEL aus Alpacastoff mit länglichem Koverskragen. Stoffverbrauch bei 120 cm Breite 3,25 bis 3,50 m.

EINE HÜBSCHE GARNITUR FÜR SCHLAFZIMMER

St. 159a-159c. FUNFTELIGE DECKENGARNITUR mit Lodenstickerei für das Waschisch. Lyon-Abplattmuster für alle Decken 1,60 M.

St. 151. NACHTTISCHDECKCHEN mit Lodenstickerei. Passend zur Deckengarnitur St. 159a-c. (Stoffgröße 40x40 cm.) Lyon-Abplattmuster 40 Pf.

St. 153. ÜBERHANDTUCH mit Rüschel- und Lodenstickerei (Stoffgröße 90x110 cm) Lyon-Abplattmuster 80 Pf.



ALLERLEI SCHÜRZEN

F. 6315. 4 bis 6 Jahre. KINDERSCHÜRZE aus hellen Leinen mit roter Zackengarnierung. Stoffverbrauch: 1,30 m, 80 cm breit.

F. 6316. 6 bis 8 Jahre. SCHÜRMERZ aus dunkelblauem, rotepunktigem Satin. Stoffverbrauch: 1,30 m, 80 cm breit.

F. 6317. Gr. 44. KLEIDER-SCHÜRZE aus gemustertem Satin. Stoffverbrauch: 2,70 m, 100 cm breit.

F. 6318. Gr. 44. WIRTSCHAFTSSCHÜRZE aus grauem Alpaca mit lila Satinbänderung. Stoffverbrauch: 1,70 m, 100 cm breit, 0,80 m Besatzstoff, 80 cm breit. F. - SCHNITTE 60 Pf.



Zu beziehen durch die Buchhandlung der "Volkswacht" in Breslau oder den Verlag der "Frauenwelt" J. H. W. Dietz Nachf., Berlin SW 68, Lindenstraße 3

sozialistische Freiheit gibt, Rücksicht auf ihren Zustand und auf ihr Kind zu nehmen. Diese Bestimmung hat es auch, zusammen mit politischen Bedenken, veranlaßt, daß die Ratifizierung des Washingtoner Vereininkommens zunächst bis auf den Herbst verzögert wurde, weil die Mehrheit des Reichstages sich ebenso wenig wie die Regierung zu einer solchen Beschränkung der Fluchtbefreiung des Arbeitgebers entschließen konnten, so lange andere große Wirtschaftsstaaten, wie Frankreich und England, nicht vorangegangen sind.

Soon im Erfurter Programm finden wie die Forderung der Unentgeltlichkeit der ärztlichen Hilfeleistung einschließlich der Geburtshilfe und der Heilmittel". Für die versicherte Mutterin und die Gattin des Versicherten ist dieser Satz in bezug auf die ärztliche Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden und bei der Entbindung schon vor Jahren von der Sozialdemokratie im Reichstag durchgelebt worden. Dieser im Laufe der Jahre als legenreich erprobte Fortschritt ist nunmehr ausgedehnt worden durch Gewährung der unentgeltlichen Geburtenhilfe und der Arznei und der kleineren Heilmittel, die bei der Entbindung notwendig werden. Dazu kommt für die sonstigen Kosten der Entbindung ein Beitrag von 10 Mark oder, falls eine Entbindung nicht stattfindet, von 6 Mark. Gegenüber dem bisher gelesenen Beitrag von 25 Mark, der nicht einmal ausreichte, die Geburten zu bezahlen, geschweige denn irgendwelche Ausstattung zu bestreiten, ist dies eine erhebliche praktische Verbesserung. Fast noch höher aber ist im Hinblick auf den jahrzehntelangen Kampf der Sozialdemokratie um Sicherung des Arbeitsmarktes, nämlich der Geburtenhilfe, der prinzipielle Erfolg. Handelt es sich zunächst auch nur um den Kreis der direkt oder indirekt Versicherten, so wird es Sache unserer Genossen in den Kommunen und Kreisen sein, den § 12 des Reichsgesetzes über Voraussetzung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge in die Tat umzusetzen, das heißt, den Satz: "Die Hilfe für Schwangere und Mütterinnen" soll ihnen das sicherstellen, was die Reichsversicherungsordnung den Namen des Sicherstellen eines Versicherten gewährt." Es bleibt also der Mütterhilfe eines Versicherten und der unter die Fürsorgepflicht fallenden Hilfsbedürftigen nach Durchleitung des genannten Grundbegriffs nur noch ein kleiner Kreis, dem der Vorteil der freien Geburtenhilfe nicht zusteht.

Bei der Schaffung dieser Bestimmungen mußten allerdings auch die Wünsche der Krankenfassen und Geburtenhilfe in Rechnung gestellt werden. Die durch die wirtschaftliche Lage hervorgerufenen Schwierigkeiten der Krankenfassen und Geburtenhilfe durften nicht außer Acht gelassen werden. Die Schwierigkeiten, die sich bei der Regelung dieser Frage durch die Landesbehörden ergeben, haben die Möglichkeit des "Weitwahlganges" voraus-

gelegt für die Gestaltung dieser Bestimmungen auf den 1. Oktober dieses Jahres festzulegen.

Die zweite Verbesserung des bisher geltenden Zustandes liegt in der Erweiterung der Zahlung des Wochengeldes vor der Entbindung um zwei weitere Wochen für die selbst versicherte Mütterin, wenn die Schwangere während dieser zwei Wochen keine Beschäftigung gegen Entgelt ausübt und vom Arzte festgestellt wird, daß die Entbindung voraussichtlich innerhalb sechs Wochen stattfinden wird. Die Möglichkeit, sich zu schonen, soll der Mütterin künftig auch dadurch gegeben werden, daß das Wochengeld vor der Entbindung jeweils halbiert und nicht erst mit dem Tage der Entbindung fällt wird, also möglicherweise zu erhöhen ist. Irrt sich der Rat bei der Berechnung des Zeitpunktes der Entbindung, so hat die Schwangere gleichwohl Anspruch auf das Wochengeld von dem im ärztlichen Zeugnis angenommenen Zeitpunkt an bis zur Entbindung. Beider wurden unsere Anträge auf Erhöhung des Wochen- und Stillgeldes von den bürgerlichen Fraktionen abgelehnt. Gerechtigt Empörung hat jedoch bei allen Fraktionen des Reichstages die von unserer Fraktion zur Sprache gebrachte Tatsache ausgelöst, daß in einer Reihe von Städten die Wochenhilfe teilweise auf die Erwerbslosenunterstützung angerechnet wird. Auch die Regierung sandte Wort der Befriedigung dafür, daß dem erwerbslosen Familienvater entzogen wird, was dem in Arbeit stehenden zukommt. Allerdings kann der verantwortlichen Wirtschaftsministerium der Vormut nicht erwartet werden, daß die entsprechende Fassung des § 2 des Gesetzes über Erwerbslosenfürsorge vom 16. Februar 1924 den Anlaß dazu gegeben hat. In einer einstimmigen Abstimmung wurde die Reichsregierung erachtet, durch Einwirkung auf die Landesbehörden zu verhindern, daß eine Abrechnung von Wochenhilfe oder Familienvordiensthilfe oder eines Teiles davon auf die Erwerbslosenfürsorge in Zukunft erfolgen kann.

Ludwig Schröder

Auszeichnungen von Frauen

Bei einem Wettbewerb des Königsberger Kunstvereins für graphische Arbeiten zur Verleihung der Mitglieder stellten die drei Preise in Höhe von 500 Mark und zweimal je 400 Mark an drei Königsberger Künstlerinnen. Bei einem Wettbewerb zwischen den drei Königsberger Künstlerinnen für die Bildmalerieprüfung des Kreisfachgerichts der Düsseldorfer Akademie erhielten zwei Künstlerinnen Preise für "Excellenz von Bildmalerie" und "Excellenz von Modellbau" und "Excellenz von Aquarell".

